



ODENWALD KURIER

Zeitung der **DKP** für den Odenwald

Januar
2023

Guten Tag und Prosit Neujahr!

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern des Odenwald Kurier ein gutes und friedliches Jahr 2023. Auch im neuen Jahr werden wir uns mit Themen beschäftigen, die uns alle betreffen und belasten und darüber schreiben.

Als Erstes haben wir die Gesundheitspolitik thematisiert, die uns alle als Patienten oder als Angehörigen oder aber auch als Beschäftigten in Kliniken betrifft.

Nicht nur Menschen sind krank, auch unser Gesundheitssystem.

Kliniken stoßen an Kapazitätsgrenzen und dennoch werden Betten in Kliniken abgebaut oder ganze Kliniken geschlossen.

Von einer katastrophalen Lage auf den Kinderintensivstationen ist die Rede (Divi) und dass Kinder sterben, weil die Versorgung nicht gewährleistet werden kann. (OZ. 29.11.2022)

1991 gab es noch 1186 Kliniken, in denen Geburten möglich waren. 2018 waren es nur noch 655 Kliniken mit Geburtshilfe. Auch im ambulanten Bereich der medizinischen Versorgung knirscht es gewaltig. Die kassenärztliche Vereinigung in Hessen spricht von einer „feindlichen und respektlosen Politik von FDP, SPD und Grünen sowie des Spitzenverbandes der gesetzlichen Kranken und Pflegekassen gegenüber der ambulanten Versorgung“. Zusammen mit dem Hausärzteverband Hessen und dem hessischen Berufsverband der

Kinder- und Jugendärzte unterstützt die Vereinigung die jüngsten Protestaktionen der Hausarztpraxen. So blieben am 30. November viele Praxen im Odenwald geschlossen.

Diese Entwicklung, die hier nur in einem kleinen Ausschnitt dargestellt werden kann, und die fatale Folgen für die medizinische Versorgung der Bevölkerung hat, ist das Ergebnis von privatwirtschaftlich und gewinnorientierten Ausrichtung des Gesundheitswesens. Krankheit wird zur Ware und verspricht Profite für Anleger.

Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung als eine gesellschaftliche Aufgabe der Daseinsfürsorge war gestern. Davon haben sich die Akteure unserer Gesundheitspolitik verabschiedet.

Wer finanziert die Krankenhäuser?

Seit 1972 gilt in Deutschland das Prinzip der dualen Finanzierung: Die Bundesländer sind für Investitionsmittel zuständig und entscheiden zum Beispiel, wo ein Krankenhaus gebaut oder geschlossen wird. Jedes Land stellt einen eigenen Investitionsplan auf und vergibt Gelder an die Kliniken.

Die Betriebskosten der Krankenhäuser, also alle Ausgaben für die Behandlung von Patienten, werden von den Krankenkassen finanziert. Das sind bis zu 90 Prozent des Klinikbudgets. Wie viel dabei für welche Behandlung abgerechnet werden kann, ist seit 2004 durch sogenannte Fallpauschalen festgelegt. Eingeführt von einer SPD/Grünen Regierung unter maßgeblichen Beteiligung von Herrn Lauterbach. Grundlage ist ein Katalog mit **über 1.200 Fallpauschalen**, die vorgeben, wie viel für welche Leistung abgerechnet werden kann. Das Risiko damit klarzukommen, liegt beim Krankenhaus.

Durch dieses Prinzip tritt die Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund, wenn es darum geht eine Klinik zu betreiben oder zu erhalten und nicht der Aspekt der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung als Aufgabe der Daseinsvorsorge. Ein Beispiel aus jüngster Zeit aus unserer Region ist die Schließung der „Luise“ in Lindenfels im Jahr 2016.



Um die Finanzierung sicher zu stellen, haben Krankenhäuser verschiedene Stellschrauben. Einmal gilt es möglichst viele Leistungen zu erbringen die sich „lohnen“. Weiter ergibt es Sinn die Aufenthaltsdauer der Patienten möglichst kurz zu halten, denn die Pauschale bleibt unabhängig von der Belegzeit konstant. Zuletzt geht es darum die Personalkosten zu senken. Weniger Personal zur Erbringung einer Leistung ist Gewinn für ein Krankenhaus. So steigt der Druck auf die Belegschaft immer mehr, was wiederum dazu führt, dass immer weniger Menschen bereit sind diesen Beruf auszuüben, und was dann - das ist das perfide- wiederum dafür herhalten muss, dass Kliniken geschlossen werden müssten.

Profitmaximierung auf Kosten von Löhnen und Gehältern.

Diese Stellschrauben haben auch private Anbieter entdeckt. Anders als kommunale Träger oder gemeinnützige Betreiber, die das so nicht dürfen, haben sie keine Skrupel, neben der Sicherstellung der Wirtschaftlichkeit auch noch Gewinne zu erwirtschaften, die sie als Rendite an ihre Anleger ausschütten können. Offensichtlich funktioniert das. So hat der Anteil der Kliniken in privater Trägerschaft in den letzten Jahren stetig zugenommen: von 21 Prozent in 1999 auf 38 Prozent in 2019.

Die für eine Gewinnmaximierung notwendige Effizienzsteigerung funktioniert allerdings nicht in ländlichen Regionen und auch nicht in kleinen Einheiten. Es funktioniert aus betriebswirtschaftlicher Sicht nur dort, wo große Einheiten Synergieeffekte ermöglichen und Spezialbehandlungen viel Geld in die Kassen spülen und das unter Beibehaltung und Perfektion des Drucks auf die Belegschaft.

Diese Entwicklung wird uns derzeit verkauft als eine fortschrittliche Entwicklung hin zu mehr Kompetenz und einer besseren Versorgung mit Spezialbehandlungen. Und nachdem Corona als Leitthema aus der Presse verschwunden ist, wird wieder zurückgegriffen auf die Vorschläge der Bertelsmann-Stiftung, die bereits 2019 forderte, mehr als die Hälfte der Kliniken in Deutschland zu schließen. Hier wird deutlich, welche Welle auf uns zukommt und vor allem welche Motive dahinterstecken.

Es ist unsere Versorgung, die immer schlechter wird!

Unsere derzeitigen Regierungsparteien werden sich nicht dagegen wehren. Ihre gegen die Interessen der Bevölkerung gerichtete Kriegs-

und Sanktionspolitik wird sich dramatisch auf die Länderfinanzen auswirken und deren Spielraum enorm einengen. Da werden Klinikschließungen und weitere Privatisierungen als vermeintliche Entlastungen willkommen sein.

Das ist nicht im Interesse der Bevölkerung, aber im Interesse von Investoren, die mit Krankheit Geld verdienen. Wenn der Staat die Kliniken privatisiert und somit sein „Tafelsilber“ verscherbelt hat, ist auch sein Zugriff auf die Infrastruktur nicht mehr gegeben und die Versorgung der Bevölkerung ist nicht mehr sicher.

Die Erfahrung hat gezeigt, wie für die Missstände verantwortliche Volksvertreter sich an den Fleischtopfen der Nutznießer bedient haben.

Wenn Herr Lauterbach aktuell verkündet, dass er die immer deutlicher werdende Misere, zu der er und seine Partei kräftig beigetragen haben, angehen möchte, so ist Misstrauen angezeigt. So lange in den Bereichen der Daseinsvorsorge der „Markt“ und das Prinzip einer Gewinnmaximierung den Takt vorgeben, wird es immer wieder zu Verwerfungen und einer noch größeren Kluft zwischen arm und reich kommen. Den Kolleginnen und Kollegen aus dem Gesundheitswesen die verstärkt auf die Straße gehen und für ihre Rechte kämpfen, gilt unsere Solidarität und Unterstützung.

G. Janske



Spenden sind herzlich willkommen!
Sparkasse Darmstadt
Stichwort „ODENWALDKURIER“
IBAN: DE55 5085 0150 0018 0093 40

V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt
E-Mail rfan@mail.de